Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2117**

16. Wahlperiode 30. 06. 2006

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg), Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Peter Hettlich, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Reinhard Loske und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einführung der Humusreproduktion und der Humusbilanzierung in das Dünge- und Bodenschutzrecht

Ein ausreichender Humusanteil in Böden ist der wesentliche Faktor, um die Bodenfunktionen zu gewährleisten und insbesondere eine hohe Bodenfruchtbarkeit von landwirtschaftlichen Nutzflächen aufrechtzuerhalten. Dies beruht darauf, dass der Humus für ein gutes Bodengefüge sorgt und die Wasserspeicherkapazität und die Erosionsstabilität der Böden erhöht. Es ist davon auszugehen, dass die Erträge landwirtschaftlicher Kulturen auf humusverarmten Böden im Jahresdurchschnitt bis zu 10 Prozent niedriger liegen als auf optimal humusversorgten Böden. Dabei können die Erträge in normalen Jahren durchaus vergleichbare Größenordnungen erreichen. Die Defizite treten in trockenen Jahren umso stärker hervor.

Daneben sind im Bodenhumus sehr große Mengen an Kohlenstoff gespeichert. Global gesehen ist der Boden ein größerer CO_2-Speicher als die Atmosphäre und die Gesamtheit der lebenden Organismen (Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen). Demnach kann eine Degradierung der Böden durch Humusabbau einen relevanten Beitrag zur Erhöhung der Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre und damit zum Klimawandel leisten. Umgekehrt könnte der Atmosphäre Kohlendioxid entzogen werden, wenn es gelingen würde, den Humusanteil der Böden, die als unterversorgt angesprochen werden können, global zu erhöhen.

Trotz dieser hohen Bedeutung standortspezifisch optimaler Humusgehalte in den Böden sind Aspekte der Humuserhaltung und der Humusreproduktion bisher nur begrenzt Teil der öffentlichen Umwelt- und Klimadiskussion. Auch in das nationale und europäische Agrar-, Abfall-, Dünge- und Bodenschutzrecht haben der Schutz der Böden vor Humusverlust bzw. eine klimaentlastende Humusreproduktion bisher nur unzureichenden Eingang gefunden. Auch bei den Strategien zur Abfallwirtschaft und zum Ressourcen- und Bodenschutz fehlt das Thema weitgehend.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie stuft die Bundesregierung die Humusversorgung deutscher Böden ein?
2. Auf wie hoch schätzt die Bundesregierung den Flächenanteil von Humusmangelstandorten?

3. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung einem standortgerecht ausreichenden und stabilen Humusgehalt in landwirtschaftlich, forstlich und agroforstlich genutzten Böden Deutschlands aus Sicht der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit bei?
4. Welchen Einfluss erwartet die Bundesregierung auf die Humusversorgung der Böden infolge des Klimawandels?
5. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Schutz der Böden vor Humusverlust aus Sicht des Klimaschutzes bei?
6. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung einer denkbaren Humusaufbaustrategie für den Klimaschutz bei?
7. Sieht die Bundesregierung in einer Erhöhung des Humusanteils der Böden eine Möglichkeit, dem Anstieg der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre zu begegnen, und wenn ja, welche Maßnahmen wären geeignet, diese Kohlenstofffixierungspotenziale zu nutzen?
8. Hält die Bundesregierung es für möglich, den Faktor „gebundener Kohlenstoff im Boden“ in den Emissionshandel einzubeziehen?
9. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Humusauf- bzw. -abbau für den Hochwasserschutz bei?
10. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Bodenverdichtung durch landwirtschaftliche Maschinen im Hinblick auf die Humusversorgung unserer Ackerböden bei?
11. Wie bewertet die Bundesregierung den Anbau der verschiedenen nachwachsenden Rohstoffe im Hinblick auf den Erhalt eines standortgerecht ausreichenden Humusgehalts in landwirtschaftlichen Böden, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus dieser Bewertung?
12. Welche Kulturen und landwirtschaftlichen Produktionsverfahren sind aus Sicht der Bundesregierung im Hinblick auf den Schutz der Böden vor Humusverlust zu bevorzugen?
13. Berücksichtigen die Potenzialabschätzungen für die Biomassenutzung, auf die sich die Bundesregierung in ihrer Arbeit im Bereich der Bioenergien bezieht, die notwendige Humusreproduktion auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen, oder ist bei Realisierung dieser Potenziale von einem Verlust an Humus auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen auszugehen?
14. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um für eine ausreichende Humusversorgung der landwirtschaftlich genutzten Böden in Deutschland zu sorgen?
15. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um für eine ausreichende Humusversorgung auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen Deutschlands zu sorgen?
16. Wie bewertet die Bundesregierung den VDLUFA-Standpunkt zur Humusbilanzierung?
17. Hält es die Bundesregierung für erforderlich, Vorschriften auf der Grundlage des VDLUFA-Standpunkts zur Humusbilanzierung in die Düngeverordnung aufzunehmen; und plant die Bundesregierung eine entsprechende Initiative?
18. Hält es die Bundesregierung für erforderlich, den Schutz der Böden vor Verlust an organischer Substanz ausdrücklich in die Vorschriften des Bundesbodenschutzgesetzes aufzunehmen, und plant die Bundesregierung eine entsprechende Initiative?

19. Hält die Bundesregierung die Cross-Compliance-Anforderungen der EU für die Humusbilanzierung bzw. das Humusmanagement sowie die Mindestgehalte an organischer Substanz auf landwirtschaftlichen Nutzflächen im Sinne der Erhaltung der Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand für ausreichend?
20. Welche Forderungen erhebt die Bundesregierung für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Cross-Compliance-Anforderungen für die Humusbilanzierung auf EU-Ebene?
21. Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um die Initiative eines EU-Bodenschutzrechts zu unterstützen?
22. Wie fördert die Bundesregierung die Anwendungsforschung zur Aufklärung der Wechselwirkungen zwischen Humus, Umwelt, Klima, Energie und Ernährung?
23. Welche Unterstützung plant die Bundesregierung für den Erhalt und die umfassende Nutzung von Dauerfeldversuchen zu humuswirtschaftlichen Fragen?
24. Welche Schritte sind vorgesehen, um die Anforderungen an eine standort- und nutzungsgerechte Humusversorgung von Böden auch auf nicht landwirtschaftliche Bereiche auszudehnen?
25. Welche Bedeutung kommt der getrennten Sammlung und stofflichen Verwertung von Bioabfällen im Hinblick auf den Ausgleich von Humusbilanzdefiziten bzw. der Anhebung von Humusgehalten in mit Humus unterversorgten Böden in Zukunft zu?
26. Welche zusätzlichen Anreize zur stofflichen Verwertung von Bioabfällen plant die Bundesregierung?

Berlin, den 29. Juni 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333